

Niederschrift
der 3. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 25.11.2015
Beginn: 16:00 Uhr
Ende 17:20 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Ratsstube

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Detlef Lindner

stellv. Vorsitzende/r

Frau Claudia Müller
Eckehard Nitschke

Mitglieder

Herr Thomas Lewing
Herr Klaus-Dieter Meyer
Herr Mathias Miseler
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Christian Ramlow
Herr Gerd Riedel Ab 17:10 Uhr
Herr Rolf-Peter Zimmer Ab 17:10 Uhr

Vertreter

Herr Lothar Franzke

Protokollführer

Herr Wolfgang Sund

von der Verwaltung

Frau Heike Benz
Herr Andre Kobsch
Frau Anne Marks

Gäste

siehe Anlage zur Niederschrift

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 07.05.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt"
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0059/2015

4.2 Geplanter Anschlusszwang der Kleingartenvereine an das Abfallentsorgungssystem des Landkreises V-R zum 01.01.2016

5 Verschiedenes

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Von 12 Mitgliedern des Stadtkleingartenausschusses sind zu Beginn der Sitzung 12 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Lindner, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindner beantragt, den Tagesordnungspunkt 4.2 vor dem Punkt 4.1 zu behandeln. Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt von dieser Änderung unberührt.

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 07.05.2015

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig der Niederschrift der 2. Sitzung des Stadtkleingartenausschusses vom 07.05.2015 zu.

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Erarbeitung eines Konzepts "Essbare Stadt" Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0059/2015

Frau Marks erläutert noch einmal den Begriff „essbare Stadt“ analog der Stadt Andernach. Die Stadt Andernach verfügt über nur eine Kleingartenanlage im Vergleich zu Stralsund, wo es 59 Kleingartenanlagen gibt.

Frau Marks verweist auf vorgestellten Karten, wo Obstgehölze in Stralsund vorhanden sind. In zwei Stralsunder Kleingartenanlagen werden Obst und Gemüse zur Versorgung der Stralsunder Tafel angebaut.

Frau Marks schätzt den gegenwärtigen Bestand an Obstbäumen in der Stadt als ausreichend an.

Frau Müller verweist auf ein bundesweites Verzeichnis unter dem Titel „Mundraub und Org.“ und erfragt, ob die Hansestadt Stralsund sich daran beteiligt.

Frau Marks erklärt, dass die Hansestadt Stralsund sich nicht daran beteiligt, es aber als eine Möglichkeit ansieht.

Frau Müller fragt nach, ob bei Baumfällungen und der anschließenden Neuanpflanzung Obstbäume verwendet werden können.

Frau Marks teilt mit, dass dieses im Rahmen der Baumschutzsatzung nicht möglich ist, aber eine Ausnahme im Altstadtbereich in Abstimmung mit der Denkmalpflege erzielbar wäre. Im Naturschutzgesetz ist vorgesehen, dass auch die Möglichkeit besteht, bei Fällung von geschützten Bäumen eine Ausgleichspflanzung mit Obstgehölzen unter gewissen Umständen vorzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt, das Anliegen des Antrages nicht weiter zu verfolgen.
Eine entsprechende Mitteilung geht an den Präsidenten der Bürgerschaft.

9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4.2 Geplanter Anschlusszwang der Kleingartenvereine an das Abfallentsorgungssystem des Landkreises V-R zum 01.01.2016

Herr Manzke als Pressesprecher des LK erläutert die Situation, in der sich der Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft des LK VR befindet. Die Verträge zum Einsammeln des Mülls laufen ab und hier müssen diesbezüglich für die künftige Zeit Ausschreibungen erfolgen. In Vorbereitung dieser Ausschreibung hat die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet und diese zur Diskussion in die beratenden Ausschüsse gegeben. Im Zuge dieser Beratungen hat die Presse berichtet und dabei die Inhalte nicht wahrheitsgemäß wiedergegeben. Dabei ging es um die Grundgebühr, die nicht wie die Presse veröffentlichte von jeder Parzelle künftig zu erheben ist, sondern es soll eine Grundgebühr für die gesamte Kleingartenanlage erhoben werden.

Herr Manzke deutet an, dass die Beschlussvorlage in dieser Form wohl nicht den Kreistag passieren wird. Der Landrat wird sich am 08.12.2015 mit den Vertretern der Hansestadt Stralsund, des ehem. Kreises Rügen und Vorpommern zusammensetzen und diese Vorlage noch einmal besprechen.

Herr Zaepernick erläutert die Zusammensetzung der Grundgebühr und der Leistungsgebühr. Herr Lindner hinterfragt noch einmal die Zusammensetzung der Grundgebühr in der Weise, dass aus der künftigen Satzung eindeutig hervorgehen soll, ob die Grundgebühr in Höhe von 15,84 € je Kleingartenanlage oder je Parzelle anfallen soll. Herr Zaepernick nimmt dieses als Hinweis auf.

Herr Lindner stellt zur Abstimmung, ob Fragen von anwesenden Gästen der Beratung zugelassen werden sollen. Dieses wird einstimmig beschlossen.

Herr Peter Heinemann als Vorsitzender des Landesverbandes M-V teilt mit, dass sich der Landesverband intensiv mit dieser Problematik befasst hat. Er kritisiert, dass der Betrieb für Abfallwirtschaft keinen Unterschied macht zwischen Kleingärtnern und Erholungsgärtnern. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Definition im Bundeskleingartengesetz.

Herr Heinemann schlägt vor, Kleingartenanlagen, die über ein Vereinshaus verfügen, sollten mit einer Mülltonne versorgt werden. Herr Heinemann empfiehlt für alle anderen Kleingartenanlagen, das bisherige System mit den Müllbeuteln beizubehalten.

Herr Riedel bittet Herrn Zaepernick noch einmal den Presseartikel zu erläutern. Herr Zaepernick erläutert umfänglich die Problematik und bittet anschließend um Hinweise, wie damit verfahren werden könnte.

Frau Müller verweist auf den § 7 des Entwurfes, wo Befreiungen von der Beitragspflicht ermöglicht werden und teilt mit, dass der Kreistag noch nicht am Ende der diesbezüglichen Diskussion ist.

Herr Schork (stellvertretender Vorsitzender des Regionalverbandes für Finanzen und Vermögensfragen LK VR) kritisiert die späte Behandlung dieses Themas in der Öffentlichkeit und empfiehlt, das Bewährte beizubehalten.

Herr Wolfgang Bahls (stellv. Vorsitzender des Regionalverbandes Grimmen) weist auf Fehler in dem Entwurf der Satzung hin, wo im § 2, Abs. 2, Satz 20 offensichtlich gegen den § 1 des Bundeskleingartengesetzes verstoßen wird. Hierbei sollte immer wieder auf die überwiegend kleingärtnerische Nutzung geachtet werden.

Herr Witzke (Vorsitzender Kleingartenanlage Schwedenschanze e.V. stellt dar, dass der tatsächliche Müllanfall in den Anlagen viel niedriger liegt als bisher angenommen und eine Entsorgung über Mülltonnen nicht gerechtfertigt ist, sondern das System mit den blauen Säcken beibehalten werden sollte.

Herr Lindner hinterfragt bei Herrn Zaepernick die Kalkulation der Müllentsorgung, wie und wo liegt letztendlich die Wirtschaftlichkeit?

Herr Zaepernick verweist auf die Kalkulation, die in der Beschlussvorlage dargestellt wurde und betont, dass dies Zahlen sind, die ihm bisher vorliegen.

Herr Joachim Franz (Vors. des Inselverbandes der Gartenfreunde Rügen) weist daraufhin, dass der ehrenamtliche Vorstand einer Kleingartenanlage nicht für die ordnungsgemäße Befüllung der Mülltonnen verantwortlich gemacht werden kann. Diese Menschen leisten schon viele Dinge in ihrer Freizeit und sollten nun nicht noch weiter für Dinge verantwortlich gemacht werden, die sie nicht beeinflussen können.

Herr Nitschke fragt nach der Höhe des Etats und speziell wieviel Geld über diese Maßnahme eingenommen werden soll.

Herr Zaepernick kann die für die Kleingärten geplanten Einnahmen aus der Müllentsorgung nicht benennen und stellt ein Rechenbeispiel dar, wie so etwas erfolgen könnte.

Herr Riedel bittet Herrn Zaepernick, noch einmal auf die Möglichkeit der Nutzung von Sonderregelungen einzugehen.

Herr Zaepernick erklärt, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht mittels Antrag unter Nachweis eine entsprechende Befreiung von der Entsorgungspflicht zu erhalten.

Herr Lewing verweist auf eine dann möglicherweise doppelte Abkassierung der Gartenfreunde.

Frau Müller stellt dar, dass in der künftigen Satzung der Unterschied je Parzelle oder je bewirtschaftete Parzelle berücksichtigt werden soll.

Herr Meyer (KV Stralsund) lehnt den vorliegenden Satzungsentwurf ab, weil seiner Meinung nach kein Bedarf dafür vorliegt.

Herr Heinemann verweist noch einmal auf die unterschiedliche Herangehensweise bei der Definition Kleingarten nach dem Bundeskleingartengesetz und der Definition eines Erholungsgartens. Die zusätzliche Belastung der Kleingärtner in den Kleingartenanlagen wird mit großer Sicherheit zu weiteren Kündigungen von Gartenverträgen führen und damit zu noch mehr Leerstand in den Anlagen.

zu 5 Verschiedenes

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten 5 bis 8 besteht kein Redebedarf, somit dankt der Ausschussvorsitzende für die Mitarbeit und beendet die Sitzung.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Detlef Lindner
Vorsitzender

gez. Wolfgang Sund
Protokollführung